



Gemeinderat

Protokoll Nr. 8 / 2011

Datum 15. Dezember 2011

Dauer 14.00 - 21.50 Uhr

Anwesend

Präsident Fred Bieler

Mitglieder	Nora Scheel	Romano Cahannes
	Thomas Hensel	Dr. Chantal Marti-Müller
	Dr. Carla Maissen	Dr. Jürg Kappeler
	Thomas Leibundgut	Dr. Dominik Infanger
	Anita Mazzetta	Rita Cavegn Hänni
	Dr. Hans Martin Meuli	Beda Frei
	Martha Widmer-Spreiter	Franco Lurati
	Andy Kollegger	Gieri Derungs
	Tina Gartmann-Albin	Oliver Hohl
	Christian Durisch	Lucrezia Bernetta

Stadtrat Stadtpräsident Christian Boner
Stadträtin Doris Caviezel-Hidber
Stadtrat Roland Tremp

Protokoll Stadtschreiber Markus Frauenfelder



Traktanden

1. Protokoll der Sitzung vom 10. November 2011
2. Vereidigung eines neuen Gemeinderatsmitglieds
3. Ersatzwahl in den Kreisrat für den Rest der Amtsperiode August 2010 - Juli 2014
4. Städtische Liegenschaften im Finanz- und Verwaltungsvermögen;
Einführung Globalbudget für den baulichen Unterhalt Botsch. Nr. 487.01
5. Voranschlag 2012 / GPK-Bericht Botsch. Nr. 473.03
 - a) Stadt Chur
Teuerungsausgleich für das Jahr 2012 / Stellungnahme zu den
Änderungsanträgen der GPK zum Voranschlag 2012*
 - b) IBC Energie Wasser Chur (Kenntnisnahme)
6. Erschliessung und Überbauung Quartierplangebiet „Böschengut 3“ Botsch. Nr. 247.07
7. Auftrag BDP-Fraktion und Mitunterzeichnende zur Überprüfung der
Personal- und Besoldungsverhältnisse in der Stadt Chur; Bericht Nr. 481.02
8. Auftrag Franco Lurati und Mitunterzeichnende betreffend Videoüberwachung
in der Stadt Chur; Bericht Nr. 422.03
9. Interpellation Chantal Marti-Müller und Mitunterzeichnende betreffend flexible
Öffnungszeiten für das Freibad Obere Au; Antwort Nr. 483.02
10. Interpellation Anita Mazzetta und Mitunterzeichnende betreffend städtische
Tangentialbuslinie und Bushaltestelle City West; Antwort Nr. 359.07
11. Fragestunde gemäss Art. 61 Geschäftsordnung (bei Bedarf)
12. Wahl des Präsidiums 2012
13. Wahl des Vizepräsidiums 2012

Fraktionserklärung der GLP/Freies Grünes Bündnis: Frau **Mazzetta** übernimmt das Fraktionspräsidium von Gasser.

Der **Gemeinderatspräsident** teilt mit, dass die **Traktandenliste** um das Gesuch des Stadtrates um 2. Fristverlängerung für die Vorlage der Zusatzbotschaft „Aufhebung der Kehricht-Grundgebühr“ ergänzt wird.



1. Protokoll der Sitzung vom 10. November 2011

Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig genehmigt.

2. Vereidigung eines neuen Gemeinderatsmitglieds

Dr. Jürg **Kappeler** (GLP) leistet vor dem Gemeinderatspräsidenten den Eid.

3. Ersatzwahl in den Kreisrat für den Rest der Amtsperiode August 2010 - Juli 2014

Als Ersatz für den zurückgetretenen Andy Kollegger wird offen und mit 20 Stimmen bei 1 Enthaltung Martha **Widmer-Spreiter** gewählt.

4. Zusatzbotschaft „Aufhebung der Kehrrecht-Grundgebühr“; 2. Antrag auf Fristverlängerung

Mit SRB 712 vom 5. Dezember 2011 ersucht der Stadtrat den Gemeinderat, die Frist für die Vorlage der Zusatzbotschaft „Aufhebung der Kehrrecht-Grundgebühr“ bis zur ersten Gemeinderatssitzung des Jahres 2014 zu erstrecken.

Cahannes wendet sich gegen die Fristverlängerung. Der Auftrag des Gemeinderates bezwecke eine kostengünstigere Rechnungsstellung, was mit der auf Bundesebene eingereichten Motion nichts zu tun habe. Zudem sei ein Inkrafttreten der neuen Regelung nicht in Sicht. Es sei in Kauf zu nehmen, dass der städtische Erlass allenfalls nach ein paar Jahren bereits wieder angepasst werden müsse.

Stadtrat Tresp führt aus, die neue Regelung auf Bundesebene werde die Stadt hinsichtlich Finanzierung der Entsorgung tangieren. Die Absicht des Stadtrates sei gewesen, dass nicht in einem kurzen Abstand wieder eine Revision vorgenommen werden müsse. Für die Zusatzbotschaft seien noch rechtliche Abklärungen zu tätigen, weshalb diese erst in der März-Sitzung 2012 vorgelegt werden könne.

Abstimmung:

Der Antrag auf Fristerstreckung wird mit 14 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.



5. Städtische Liegenschaften im Finanz- und Verwaltungsvermögen; Einführung Globalbudget für den baulichen Unterhalt

Mit Botschaft Nr. 487.01 beantragt der Stadtrat:

1. *Für das Konto 1340.3140.000 „Baulicher Unterhalt“ wird ab dem Rechnungsjahr 2012 ein Globalbudget mit Leistungsauftrag eingeführt.*
2. *Der Leistungsauftrag für die Produktgruppe „Baulicher Unterhalt“ vom 15. Dezember 2011 wird genehmigt.*
3. *Der Gemeinderat nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass der Betrag für das Konto 1340.3140.000 „Baulicher Unterhalt“ mittelfristig auf einen Wert von 1.5 % des Gebäudeversicherungswerts anzuheben ist.*
4. *Der Budgetbetrag für das Konto 1340.3140.000 „Baulicher Unterhalt“ wird für das Jahr 2012 und für die Folgejahre bis 2014 auf den Betrag von mindestens 2.5 Mio. Franken erhöht.*

Der Handlungsbedarf im Bereich des Liegenschaftenunterhalts wird anerkannt, die Instrumente Globalbudget/Leistungsauftrag sind jedoch chancenlos. Der Rat sträubt sich auch dagegen, sich für kommende Voranschläge hinsichtlich dieser Position zu binden.

Der Übergang zum Globalbudget wird als radikale Abkehr vom bisherigen Budgetprozess bezeichnet, und der Gemeinderat verlore an Einfluss. Es müsse ein Grundsatzentscheid gefällt werden, für welche Leistungsgruppen ein Globalbudget eingeführt werden solle. Diese Diskussion hätte im Rahmen des IAFP geführt werden müssen. Um die Liegenschaften gut zu unterhalten, sei das Globalbudget nicht erforderlich. Kritisiert wird, dass nicht alle Liegenschaften einbezogen werden; zudem müssten die Mittel für den baulichen Unterhalt sauber entflochten werden (Laufende Rechnung/Investitionsrechnung). In inhaltlicher Hinsicht wird der Leistungsauftrag kritisiert, der zu allgemein gehalten sei und energetische Aspekte zu wenig berücksichtige.

- **Antrag Kollegger**

„Es sei in Antrag 3 das Wort „zustimmend“ zu streichen.“

- **Antrag Kollegger**

„Es sei der Zwischensatz in Antrag 4, der da lautet „und für die Folgejahre bis 2014“ zu streichen.“



Der **Stadtpräsident** führt aus, man habe das Geschäft bewusst vor der Beratung des Voranschlags platziert, weil im 2012 2.5 Mio. Franken für den Liegenschaftenunterhalt ausgegeben werden sollen. Die zustimmende Kenntnisnahme sei für den Stadtrat wichtig, denn er wolle vom Gemeinderat eine gewisse Verbindlichkeit einfordern, damit die Richtung klar sei und eine gewisse Planungssicherheit bestehe. Es sei positiv, dass die Notwendigkeit des vermehrten Unterhalts nicht bestritten werde. Hinsichtlich Globalbudget bestünden positive Erfahrungen mit dem Amt für Telematik, und im vorliegenden Fall würden keine Präjudizien für andere Verwaltungsbereiche geschaffen.

Kollegger zieht seinen Antrag zu Ziff. 4 zurück.

Abstimmungen:

- Antrag Ziff. 1 wird einstimmig abgelehnt.
- Antrag Ziff. 2 wird einstimmig abgelehnt.
- Auf den Antrag Kollegger zu Ziff. 3 entfallen 18 Stimmen, auf diejenigen des Stadtrates 3 Stimmen.

Der **Gemeinderatspräsident** stellt fest, dass der Rat von Ziff. 3 Kenntnis genommen hat.

- Ziff. 4 wird mit 13 zu 8 Stimmen abgelehnt.

6. Voranschlag 2012 / GPK-Bericht

a) Stadt Chur

Teuerungsausgleich für das Jahr 2012 / Stellungnahme zu den Änderungsanträgen der GPK zum Voranschlag 2012

Mit Botschaft Nr. 473.03 beantragt der Stadtrat:

1. *Der Voranschlag für das Jahr 2012 mit Aufwendungen von Fr. 244'507'500.-- und Erträgen von Fr. 244'918'000.-- sowie einem Ertragsüberschuss von Fr. 410'500.-- wird genehmigt.*
2. *Der Steuerfuss für das Jahr 2012 beträgt unverändert 90 % der einfachen Kantonssteuer.*
3. *Die Nettoinvestitionen für das Jahr 2012 betragen Fr. 18'000'000.-- (Plafond).*



4. *Der Stellenplan für das Jahr 2012 beträgt 77'077 Soll-Stellenprozente (770.77 Vollzeit-Stellen).*
5. *Die Feuerwehrpflichtersatzabgabe für das Jahr 2012 beträgt unverändert Fr. 90.--.*

Mit Bericht vom 21. November 2011 beantragt die Geschäftsprüfungskommission (GPK):

1. *Der Voranschlag 2012 der Stadt Chur inkl. Stellenplan sei unter Berücksichtigung der beantragten Korrekturen zu genehmigen.*
2. *Die Nettoinvestitionen seien auf 19 Mio. Franken zu plafonieren.*

Mit Beschluss vom 28. November 2011 (SRB 684) beantragt der Stadtrat:

1. *Die städtischen Gehälter sowie der Ausgleich für die Rentenbeziehenden bleiben auf dem Stand der Lohntabelle 2009. Sollte der Landesindex der Konsumentenpreise, Stand November, wider Erwarten eine Teuerung ausweisen, so wäre diese gestützt auf Art. 46 Abs. 2 PVO zu einem späteren Zeitpunkt auszugleichen.*
2. *Unter Berücksichtigung der gemäss GPK-Bericht vorgeschlagenen Korrekturen, jedoch ohne die in dieser Ziffer beantragten Änderungen, ergibt sich bei einem Aufwand von Fr. 242'709'900.-- und einem Ertrag von Fr. 243'515'500.-- ein Ertragsüberschuss von Fr. 805'600.--. Daraus resultieren ein Finanzierungsfehlbetrag von Fr. 5'316'900.-- und ein Selbstfinanzierungsgrad von 72.0 %.*

Der Stadtrat wendet sich gegen folgende, von der GPK zur Streichung vorgeschlagenen Positionen:

Stellenplan

Plafonierung des Stellenplans beim Sollbestand des Voranschlags 2011 (76'357 Prozente).

Antrag

„Der Stellenplan sei beim Sollbestand des Verwaltungspersonals, Stand Voranschlag 2011, bei 41'397 Stellenprozenten zu plafonieren.“

Laufende Rechnung

Konto 5003.3650.000, Stadtrat (Seite 14), "Freier Kredit des Stadtrates": (- Fr. 10'000.--)

Konto 1050.3191.000, Stadtarchiv (Seite 17), "Ausstellungen": (- Fr. 25'000.--)



*Konto 1100.3090.000, Personalamt (Seite 18), "Weiterbildungskosten": (- Fr. 32'000.--):
Mit einer Kürzung von 12'000 Franken einverstanden*

*Konto 2050.3170.000, Stadtschule (Seite 33), "Reise- und übrige Spesen":
(- Fr. 20'000.--)*

*Konto 2300.3180.000, Schulzahnpflege (Seite 39), "Dienstleistungen Dritter": (-
Fr. 1'500.--)*

*Konto 2420.3180.000, Sportfachstelle (Seite 41), "Dienstleistungen Dritter": (-
Fr. 16'000.--): mit einer Kürzung von Fr. 8'000.-- einverstanden*

*Konto 2660.3652.022, Soziale Dienste, Beiträge (Seite 48), "Freier Kredit des Stadtra-
tes": (- Fr. 3'800.--)*

*Konto 2660.3655.000, Soziale Dienste, Beiträge (Seite 49), "Beitrag Suchtberatung":
(- Fr. 5'000.--)*

Konto 3050.3945.000, Werkbetrieb (Seite 55), "Dienstleistungen AFT": (- Fr. 18'500.--)

Für die Behandlung dieses Geschäfts nehmen Georg **Flepp** und Peter **Guidali** von der Finanz- und Liegenschaftenverwaltung Einsitz.

Gemäss **GPK-Präsident** Frei haben sich die Massnahmen der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung sehr positiv auf den Voranschlag 2012 ausgewirkt. Dadurch würden über die Laufende Rechnung voraussichtlich keine Schulden aufgebaut. Hingegen würden die vorgesehenen Investitionen zu einer weiteren Verschuldung führen, da der Cashflow aus der Laufenden Rechnung zu klein sei. In den Voranschlägen der letzten zehn Jahre sei nur mit einem durchschnittlichen Selbstfinanzierungsanteil von 6 % gerechnet worden. Wer so budgetiere, löse einen strukturellen Investitionsstau aus. Wenn die Stadt die Neuverschuldung verhindern wolle, müsse sie die finanzwirksamen Erträge steigern. Dabei blieben der Stadt nur die Reduktion der Ausgaben, denn Steuererhöhungen seien im zu erwartenden schwierigen wirtschaftlichen Umfeld nicht angezeigt. Die Reduktion der Ausgaben bedinge eine Leistungsüberprüfung, und in diese Richtung ziele der Antrag der GPK zur Plafonierung des Stellenplans.

Der Voranschlag sei schlecht geeignet, um Visionen zu entwickeln; dazu eigne sich das Leitbild des Stadtrates besser, führt der **Stadtpräsident** aus. Die Vorberatungskommission Aufgaben- und Leistungsüberprüfung habe sich intensiv mit den 180 Sparvorschlägen des Stadtrates befasst, und die Umsetzung eines Teils dieser Vorschläge sei nach wie vor im



Gang. Die durch die GPK vorgenommenen Korrekturen von rund 400'000 Franken verdeutlichen den geringen Spielraum.

DETAILBERATUNG (SEITENWEISES VORGEHEN)

LAUFENDE RECHNUNG

Anträge der GPK, welche nicht bestritten werden, gelten als genehmigt (Art. 43 Abs. 2 GO GR). Über Anregungen wird nicht abgestimmt, es kann aber Stellung genommen werden.

DEPARTEMENT 1

5003.3650.000, Freier Kredit des Stadtrates

- **Antrag** der GPK um Kürzung um 10'000.-- auf 50'000.--.

Abstimmung:

Der Antrag der GPK wird mit 19 zu 2 Stimmen angenommen.

1008, Quartieramt/ALST-Anlage

Hensel stört sich daran, dass einerseits keine Einnahmen budgetiert werden, andererseits aber z.B. für „Reinigung der Wäsche“ Fr. 1'000.-- veranschlagt werden.

- **Antrag** Hensel

„Die Konti 3110, 3130 und 3139 seien auf null zu kürzen.“

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 14 zu 6 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

1050.3191.000, Ausstellungen

- **Antrag** der GPK um Kürzung um Fr. 25'000.-- auf null.

Abstimmung:

Der Antrag der GPK wird mit 17 zu 4 Stimmen angenommen.

**1100.3090.000, Weiterbildungskosten**

- **Antrag** der GPK um Kürzung um Fr. 32'000.-- auf Fr. 215'000.--

Abstimmung:

Der Antrag der GPK wird mit 15 zu 5 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

1340.3132.000, Einkauf Treibstoff Tankstelle Felsenau

Die Frage von **Frau Scheel** wird durch Georg **Flepp**, Leiter der Finanz- und Liegenschaftenverwaltung, beantwortet.

1355.3140.000, Unterhalt Gebäude und Umgebung

Derungs stellt eine Frage zum Stand der Überbauung des KEB-Areals, die von **Stadtrat Tremp** beantwortet wird.

1810.3945.000, Dienstleistungen Amt für Telematik (Stadtpolizei)

- **Antrag** Bernetta

„Die Position 1810.3945.000 sei um Fr. 60'000.-- zu kürzen (Videoüberwachung).“

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 14 zu 7 Stimmen abgelehnt.

DEPARTEMENT 2**2050.3170.000, Reise- und übrige Spesen**

- **Antrag** der GPK um Kürzung um Fr. 20'000.-- auf Fr. 70'000.--

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 12 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.



220, Ausgehende Beiträge an Berufsschulen

Eine Frage von **Cahannes** betr. Rechtmässigkeit dieser Beiträge wird durch **Stadträtin Doris Caviezel-Hidber** beantwortet.

2300.3180.000, Dienstleistungen Dritter (Schulzahnklinik)

- **Antrag** der GPK um Kürzung um Fr. 1'500.-- auf null.

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 11 zu 10 Stimmen abgelehnt.

2420.3180.000, Dienstleistungen Dritter (Sportfachstelle)

- **Antrag** der GPK um Kürzung um Fr. 16'000.-- auf null.

Abstimmung:

Auf den Antrag der GPK entfallen 12 Stimmen, auf diejenigen des Stadtrates 8.

2610.3945.000, Dienstleistungen Amt für Telematik (Schulsozialarbeit)

- **Antrag** Hohl (ersetzt Antrag der GPK) um Kürzung um Fr. 1'500.--

Abstimmung:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

266, Beiträge

2660.3652.022, Freier Kredit des Stadtrates

- **Antrag** der GPK um Kürzung um Fr. 3'800.-- auf Fr. 16'200.--

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 13 zu 7 Stimmen angenommen.

**2660.3655.000, Beitrag Suchtberatung**

- **Antrag** der GPK um Kürzung um Fr. 5'000.-- auf Fr. 20'000.--.

Abstimmung:

Auf den Antrag des Stadtrates entfallen 15 Stimmen, auf diejenigen der GPK 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

3050.3188.100, Verarbeitungskosten GEVAG

Hensel stellt eine Frage zu dieser Position, die von **Stadtrat Tresp** beantwortet wird.

304, Abwasserreinigungsanlage

Kappeler regt an, die ARA sowie die Abfallbewirtschaftung als Spezialfinanzierungen zu führen und behält sich einen entsprechenden Auftrag vor. **Stadtrat Tresp** erklärt sich bereit, die Anregung zu prüfen.

3050.3945.000, Dienstleistungen Amt für Telematik (Werkbetrieb)

- **Antrag** der GPK um Kürzung um Fr. 18'500.-- auf Fr. 131'500.--.

Abstimmung:

Der Antrag der GPK wird einstimmig angenommen.

3130.3183.000, Honorare Ingenieure und Architekten (Planung)

Hensel stellt eine Frage zu dieser Position, die von **Stadtrat Tresp** beantwortet wird.

3145.4990.000, öffentliche Anlagen (interne Verrechnungen Gartenbau)

Hensel stellt eine Frage zu dieser Position, die von **Stadtrat Tresp** beantwortet wird.

**3145.4991.000, Kindergärten (interne Verrechnungen Gartenbau)**

Kappeler stellt eine Frage zu dieser Position, die von **Stadtrat Tresp** beantwortet wird.

INVESTITIONSRECHNUNG**11.5010, ALST, Sanierung**

- **Antrag Hensel**

Der Betrag von Fr. 250'000.-- für dieses Vorhaben sei um ein Jahr zu verschieben.

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 13 zu 3 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

72.5010, Linksabbieger Rosenhügel

Kappeler stellt eine Frage zu dieser Position, die von **Stadtrat Tresp** beantwortet wird.

- **Antrag GPK**

„Die Beiträge in Höhe von 0.5 Mio. Franken sind aus der Investitionsrechnung zu entfernen, da das Vorhaben selbst gestrichen wird.“

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 19 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

72.5010, Rheinfels, Rheinfelsstrasse, Kreisel Raschärenstrasse, 3. Etappe

Hensel stellt eine Frage zu dieser Position, die von **Stadtrat Tresp** beantwortet wird.

72.5010, City, Bahnhofstrasse (Bahnhof - Alexanderplatz)

- **Antrag GPK um Erhöhung um Fr. 2.55 Mio.**

Der Antrag der GPK, das Projekt Bahnhofstrasse in die Investitionsrechnung aufzunehmen, ist umstritten. Dafür wird argumentiert, dass es zu einer Attraktivitätssteigerung im Bereich Bahnhof führen würde, das Projekt fertig ausgearbeitet ist und die Werkleitun-



gen dringend sanierungsbedürftig sind. Dagegen werden Spargründe angeführt, damit der tiefere Plafonds von 18 Mio. Franken eingehalten werden kann.

Der **Stadtpräsident** führt aus, der Stadtrat bekämpfe das Vorhaben nicht, jedoch müsse bei einer Realisierung der Plafonds auf 19 Mio. Franken erhöht werden.

1. Abstimmung (es sind 20 Mitglieder des Gemeinderates anwesend):

Auf den Antrag entfallen 10 Ja- und 10 Nein-Stimmen, mit Stichentscheid des Gemeinderatspräsidenten wird er abgelehnt.

Hier legt der Rat eine **Pause** ein.

- **Rückkommensantrag Lurati**

(Gemäss Art. 33 benötigt ein Rückkommensantrag zu seiner Annahme einen Drittel der Stimmen).

Abstimmung:

Der Rückkommensantrag kommt mit 9 Stimmen zustande.

2. Abstimmung zum Antrag der GPK betr. untere Bahnhofstrasse

Der Antrag der GPK wird mit 11 zu 10 Stimmen angenommen.

Dass die erste, negative Abstimmung zum Antrag der GPK mittels Rückkommensantrag rückgängig gemacht wurde, stösst im Rat auf Kritik und es werden Zweifel an der Rechtmässigkeit des Vorgehens geäussert. Dagegen wird eingewendet, dass die Geschäftsordnung genau diese Möglichkeit vorsehe und das Vorgehen damit korrekt sei. Es wurde zudem angemerkt, dass dem Gemeinderat zum Vorhaben im Jahr 2012 eine Botschaft unterbreitet wird.



STELLENPLAN

- **Antrag der GPK**

„Der Stellenplan wird unbefristet beim Sollbestand des Voranschlags 2011 (76'357 Stellenprozent) plafoniert.“

- **Antrag des Stadtrates**

„Der Stellenplan sei beim Sollbestand des Verwaltungspersonals, Stand Voranschlag 2011, bei 41'397 Stellenprozenten zu plafonieren.“

Die GPK habe bei der Kenntnisnahme des Stellenplans 2012 festgestellt, dass das Soll um weitere 720 Stellenprozent mit entsprechendem Leistungsausbau und entsprechenden Kostenfolgen erweitert werden soll, führt **GPK-Präsident** Frei aus. Dies wolle seine Kommission nicht hinnehmen. Die Umsetzung der Plafonierung werde dem Stadtrat überlassen; er solle dem Gemeinderat einen Vorschlag über die Umschichtungen unterbreiten. Die GPK wende sich gegen eine Ausklammerung der Lehrpersonen, da sie eine Diskussion über den Leistungsauftrag der Stadt auslösen wolle.

Der **Stadtpräsident** erklärt, der Stadtrat sei mit der Plafonierung einverstanden, doch solle sich diese auf das Verwaltungspersonal beschränken, da bei den Lehrpersonen andere Regeln gälten.

Stadträtin Doris Caviezel-Hidber erläutert den Mechanismus bei der Gewerblichen Berufsschule (GBC), wo sich die Anzahl notwendiger Stellen nach den Lernenden sowie den auszubildenden Berufen richte. Sie verweist zudem auf die Anstrengungen im Rahmen der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung, welche bei den Kindergärten und der Primarschule zu einer Reduktion von Klassen führen werde, zudem sei die Tagesschule Passugg aufgehoben worden. Hingegen sei es der Gemeinderat gewesen, der sich entgegen dem Antrag des Stadtrates für die zweisprachigen Kindergärten und Primarschulklassen ausgesprochen habe. Eine Erhöhung der Kinderzahlen in den Klassen würde dazu führen, dass die Quartierbeschulung aufgehoben werden und die Kinder anders verteilt werden müssten. Gerade aber zum Grundsatz der Quartierbeschulung habe sich der Gemeinderat im Rahmen der Volksinitiative Schulqualität bekannt. Zurzeit seien zudem verschiedene Abklärungen im Gang, ob bestimmte Dienstleistungen aufrecht erhalten werden sollen (Schulzahnklinik, Wirkungsanalyse der Jugendarbeit, Reorganisation Departement 3). Dabei handle es sich um Aufträge im Rahmen der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung, und die Spielregeln könnten nicht dauernd geändert werden.



In der Folge werden Argumente für und gegen eine Ausklammerung der Lehrpersonen von der Plafonierung vorgebracht.

- **Ordnungsantrag** Infanger auf Abbruch der Diskussion und Abstimmung

Abstimmung:

Der Ordnungsantrag wird einstimmig angenommen.

GPK-Präsident Frei schlägt vor, den Stellenplan von der Schlussabstimmung auszunehmen und diesen in der Februarsitzung 2012 stellengenau beschliessen zu lassen.

Abstimmung:

Auf den Antrag der GPK entfallen 14 Stimmen, auf diejenigen des Stadtrates 7 Stimmen.

Schlussabstimmungen:

1. Der Voranschlag für das Jahr 2012 mit Aufwendungen von Fr. 242'719'900.-- und Erträgen von Fr. 243'522'000.-- sowie einem Ertragsüberschuss von Fr. 802'100.-- wird einstimmig genehmigt.
2. Der Steuerfuss für das Jahr 2012 beträgt unverändert 90 % der einfachen Kantonssteuer (einstimmig).
3. Die Nettoinvestitionen für das Jahr 2012 betragen Fr. 19'000'000.-- (Plafond; 13 Ja- und 8 Nein-Stimmen).
4. Der Stellenplan für das Jahr 2012 wird dem Gemeinderat in der Sitzung vom 2. Februar 2012 zur Genehmigung vorgelegt.
5. Die Feuerwehrepflichtersatzabgabe für das Jahr 2012 beträgt unverändert Fr. 90.-- (einstimmig).

b) Budget 2012 IBC Energie Wasser Chur (Kenntnisnahme)

Gestützt auf Art. 15 Abs. 3 IBC-Gesetz (RB 811) nimmt der Gemeinderat Kenntnis vom Budget 2012 der IBC.

Keine Wortmeldungen.



7. Erschliessung und Überbauung Quartierplangebiet „Böschengut 3“

Mit Botschaft Nr. 247.07 beantragt der Stadtrat:

Vom Quartierplan „Böschengut 3“ wird Kenntnis genommen und der Stadtrat ermächtigt, die Grundstücke „A“ bis „H“ im Baurecht abzutreten.

7 Wortmeldungen.

Kritische Bemerkungen gibt es zur schlechten Ausnützung des Bodens, die mit der Einfamilienhaus-Nutzung einhergeht. Zudem wird gefragt, ob der zugrundeliegende Bodenpreis marktgerecht sei.

- **Antrag** Frau Scheel

„Die Bauten im Quartierplangebiet Böschengut 3 seien im Minergie-A-Standard auszuführen.“

Es folgte eine kurze Diskussion, die der Begriffsklärung dienen soll (Unterschied Minergie-P oder Minergie-A).

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 12 zu 5 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Schlussabstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird einstimmig zum Beschluss erhoben.

Sämtliche traktandierten Vorstösse werden auf die Sitzung vom 2. Februar 2012 verschoben.

8. Wahl des Präsidiums 2012

Tom **Leibundgut** (Freies Grünes Bündnis) wird offen und einstimmig bei 1 Enthaltung zum Gemeinderatspräsidenten gewählt.



9. Wahl des Vizepräsidiums 2012

Die BDP-Fraktion schlägt Martha **Widmer-Spreiter** vor, die FDP-Fraktion Christian **Durisch** (SVP).

Schriftliche Wahl

Bei einem absoluten Mehr von 11 Stimmen wird Frau Widmer-Spreiter mit 14 Stimmen gewählt; auf Durisch entfallen 7 Stimmen.

Der **Gemeinderats-Vizepräsident** verabschiedet Lucrezia Bernetta sowie die Herren Bieler, Derungs und Kollegger, würdigt ihre Arbeit für den Rat und übergibt ihnen ein Geschenk.

Eingang parlamentarischer Vorstoss

Der **Gemeinderatspräsident** gibt den Eingang des folgenden parlamentarischen Vorstosses bekannt:

Auftrag Christian Durisch und Mitunterzeichnende betreffend Sportanlagen Obere Au; Kunsteisbahn, Hallenstadion Garderoben

Der **Stadtpräsident** teilt mit, dass der im Auftrag angegebene Termin der Sitzung vom 2. Februar 2012 nicht eingehalten werden könne.

Mit seiner Schlussansprache lässt der **Gemeinderatspräsident** sein Präsidialjahr ausklingen.

Chur, 16. Dezember 2011

Der Stadtschreiber:

Markus Frauenfelder

Christian Durisch
Gemeinderat

M. Frauenfelder, Stadtschreiber

AUFTRAG

SPORTANLAGEN OBERE AU Kunsteisbahn, Hallenstadion Garderoben

In der Sitzung vom 9. Juni 2011 hat der Gemeinderat das Geschäft GESAK zur Redimensionierung und allgemeinen Überarbeitung an den Stadtrat zurückgewiesen.

Die Situation KEB im Speziellen und Hallenstadion im Besonderen sind in den letzten Wochen und Monaten Gesprächsstoff beim EHC Chur und dem Eisclub Chur. Bereits in der letzten Gemeinderatssitzung musste Stadtpräsident Boner aufgrund einer Anfrage "Zustand KEB" zum Thema KEB Auskunft erteilen.

Es fand am 30. November 2011 eine Besprechung beim Stadtpräsidenten Christian Boner statt. Weitere Anwesende: Georg Flepp, Stadt Chur, Thomas Domenig senior und Venanzio Rossi EHC Chur.

Besprochen wurden:

Die verzögert Eisauflbereitung infolge veralteter Technik

- Trainingsbetrieb EHC Chur Capricorns und Eisclub Chur mit über 320 Kindern und Jugendlichen
- Allgemeine Forderung nach geregelten Trainingseinheiten

Erweiterung Projekt Kunsteisbahn in der 2. Etappe GESAK

- Realisierung erst in fünf bis zehn Jahren
- Nötige Kapazitätserweiterung

Sanierung und Erweiterung der bestehenden Anlagen

- Dies muss aufgrund des heutigen Zustandes unabhängig vom GESAK erfolgen
- Sanierung und Erweiterung mit Neuerstellung der Eisplatte und Erweiterung auf 2 Eisfelder
- Neuerstellung von Garderoben für Eishockey, Eiskunstlauf, freien Eislauf und Fussball, grosser Nachholbedarf

Realisierung und Finanzierung

- Die domenig IMMOBILIEN AG, vertreten durch Herrn Thomas Domenig senior, ist bereit, bis spätestens Saison 2013/2014 die vorgenannte Sanierung und Erweiterung im Bereich Hallenstadion und KEB zu realisieren
- Die Finanzierung ist durch die domenig IMMOBILIEN AG im Sinne einer Vorfinanzierung gesichert.
- Kostenrahmen: CHF 3,5 bis 4,0 Millionen
- Zins und Amortisation: Basis CHF 450'000.00 p.a.

Laufende Kosten

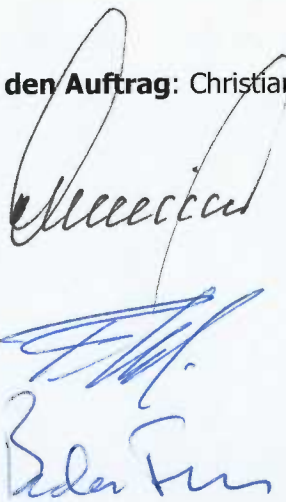
- Können mit neuem Projekt aufgrund erhöhter Energieeffizienz und zeitgemässer Technik gesenkt werden
- Die laufenden Kosten können aufgrund der Synergien, welche sich zwischen den neuen Anlagen und der Eishalle ergeben, ebenfalls gesenkt werden.

AUFTRAG**SPORTANLAGEN OBERE AU
Kunsteisbahn, Hallenstadion Garderoben**

Der Stadtrat legt dem Gemeinderat bis zur nächsten Sitzung im Februar 2012 zur Genehmigung vor

1. Projekt Sanierung/Erweiterung KEB – HALLENSTADION gemäss Vorschlag domenig IMMOBILIEN AG/Thomas Domenig senior/Stadt Chur
2. Finanzierungsmodell domenig IMMOBILIEN AG
3. Realisierungsplan mit Bauvollendung spätestens auf Saison 2013/2014
4. Berücksichtigung des zu realisierenden Projektes in der weiteren Planung GESAK

Für den Auftrag: Christian Durisch und weiter Unterzeichnende

Three handwritten signatures are present. The top signature is in black ink and appears to be 'Christian Durisch'. Below it are two signatures in blue ink, one of which is more stylized and the other is more legible, possibly 'Beder F...'.